

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**der 49. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Mittwoch, dem 27. September 2017**

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach die Präsidentin des Landtages Worte des Gedenkens an die zwei im Einsatz ums Leben gekommenen Feuerwehrleute. Die Mitglieder des Landtages gedachten ihrer in einer Schweigeminute.

Die Präsidentin informierte darüber, dass der Antrag „Flughafenumfeldentwicklung am BER vorantreiben“ (Drucksache 6/3302) durch den Antragsteller zurückgezogen wurde.

Gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 2 GOLT informierte sie darüber, dass mit Schreiben vom 25. September 2017 der Abgeordnete Péter Vida seinen Austritt aus der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe im Landtag zum 1. Oktober 2017 erklärt hat. Frau Abgeordnete Iris Schülzke hat mit Schreiben vom 26. September 2017 ihren Austritt mit sofortiger Wirkung aus der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe angezeigt.

Damit ist am 26. September 2017 der Status als Gruppe erloschen.

Mit dem 26. September 2017 gelten für Frau Abgeordnete Iris Schülzke und die Herren Abgeordneten Christoph Schulze und Péter Vida somit die Regelungen der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg für fraktionslose Abgeordnete.

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Hinterbliebenenversorgung und Unfallversicherungsschutz von freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen und Angehörigen von im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen angleichen

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7393

vom 20.09.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7394

vom 20.09.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/7399

vom 22.09.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 1021 und 1024
bis 1036 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

**TOP 3 - Attraktivität des Lehrerberufs steigern - mehr Leistungsgerechtigkeit
schaffen**

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7386, 3. Neudruck

vom 19.09.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7425

vom 26.09.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 4 - Extremismusklausel für Brandenburg einführen

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7311

vom 05.09.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 5 - Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6540

vom 05.05.2017

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 6/7398

vom 21.09.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 6 - Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6953

vom 05.07.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Hauptausschuss - federführend - und an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur überwiesen.

TOP 7 - Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Gütestellengesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/7067, Neudruck

vom 26.07.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Rechtsausschuss überwiesen.

TOP 8 - Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/7312

vom 05.09.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

TOP 9 - Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Sparkassengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/7313

vom 05.09.2017

1. Lesung

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7388

vom 19.09.2017

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen. Gemäß § 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages gilt der Änderungsantrag als mitüberwiesen.

TOP 10 - Mehrkind-Familien im Land Brandenburg

Große Anfrage 21 der CDU-Fraktion

Drucksache 6/5871

vom 17.01.2017

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/6515

vom 02.05.2017

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 21 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/7422

vom 26.09.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 11 - Entwicklung der Vogelwelt in Brandenburg

Große Anfrage 23 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6731

vom 08.06.2017

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/7342

vom 11.09.2017

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 23 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7382

vom 19.09.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 12 - Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen

(gemäß Beschluss des Landtages vom 14.07.2016 - Drucksache 6/4560[2.ND]-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/6856

vom 26.06.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 13 - Umsetzung des Beschlusses des Landtages Brandenburg vom 18. Mai 2017 zur „Volksinitiative Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ (Drucksache 6/6611-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/6882

vom 27.06.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 14 - Bericht über die Feststellungen der Kommission zur Überprüfung der Abgeordneten des Landtages Brandenburg gemäß § 27 Abgeordnetengesetz

Bericht der Kommission zur Überprüfung der Abgeordneten
des Landtages Brandenburg

Drucksache 6/7009

vom 30.05.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Kommission zur Kenntnis.

TOP 15 - Effiziente Wirtschaftsförderung - Straffung, Konzentration und Transparenz für die bessere Unterstützung der Brandenburger Wirtschaft

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6481, Neudruck

vom 28.04.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 16 - Brandenburg stellt finanzielle und ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule & Trans ein

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6725

vom 06.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Gemäß § 23 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages wurde die Sitzung vorzeitig beendet. Der Antrag „Produktplatzierung im Internet besser kennzeichnen und kontrollieren“ (Drucksache 6/7384) wurde auf die Tagesordnung der 50. Plenarsitzung verlegt.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/49

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 49. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

Hinterbliebenenversorgung und Unfallversicherungsschutz von freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen und Angehörigen von im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen angleichen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 49. Sitzung am 27. September 2017 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

„Am 5. September 2017 starben bei einem Rettungseinsatz auf der Bundesautobahn 2 zwischen den Anschlussstellen Brandenburg an der Havel und Netzen zwei Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Kloster Lehnin.

Der Landtag Brandenburg spricht den Angehörigen der verunglückten Feuerwehrekameraden sein tiefes Mitgefühl aus. Er dankt allen Angehörigen der ehrenamtlichen Feuerwehren und Hilfsorganisationen für ihren täglichen Einsatz.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, die Hinterbliebenenversorgung von Feuerwehrangehörigen und Angehörigen von im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen unabhängig von ihrem Status (ehrenamtliche Feuerwehrangehörige und Rettungskräfte, Beamte und Beschäftigte) anzugleichen. Ziel ist es, dass die Hinterbliebenen von im Dienst ums Leben gekommenen Feuerwehrangehörigen öffentlicher Feuerwehren und Angehörigen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen gleichwertige Versorgungsleistungen erhalten.

Darüber hinaus sollen die bestehenden Regelungen des Unfallschutzes dahingehend geprüft werden, wie ein vergleichbarer Versicherungsschutz erreicht werden kann.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass entsprechende Neuregelungen rückwirkend zum 1. Januar 2017 gelten sollen.

Der Minister für Inneres und Kommunales wird gebeten, dem Ausschuss für Inneres und Kommunales bis zum 31. Dezember 2017 einen Bericht vorzulegen.“

Beschluss des Landtages Brandenburg

Attraktivität des Lehrerberufs steigern - mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 49. Sitzung am 27. September 2017 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Gesamtverantwortung für Landesbedienstete wahrnehmen

Der Landtag stellt fest:

1. Das Land Brandenburg bekennt sich zu seiner Verantwortung gegenüber allen Landesbediensteten. Das wurde auch durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2017 im Land Brandenburg vom 10. Juli 2017 deutlich. Dies gilt für alle Bediensteten, insbesondere auch für die Beschäftigten im Schulbereich. Sie bewältigen mit hohem Engagement die großen Herausforderungen in der Schule, wie zum Beispiel die schrittweise Umsetzung der Inklusion, die Beschulung von Geflüchteten sowie die professionelle Unterstützung von Referendaren und Seiteneinsteigern. Das bedarf unserer uneingeschränkten Würdigung.
2. Das Land Brandenburg hat die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in den letzten Jahren nachhaltig verbessert. Hierzu gehören unter anderem:
 - die konsequente Verbeamtung der Lehrkräfte,
 - die Einführung eines Vertretungsbudgets, um die Anordnung von Mehrarbeit im Vertretungsfall auf ein Mindestmaß zu beschränken,
 - die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte an Grund- und Oberschulen zum Schuljahr 2014/2015, für die Lehrkräfte der übrigen Schulformen zum Schuljahr 2015/2016,
 - die Erhöhung der Altersermäßigungsstunden für Lehrkräfte mit mindestens 35 Dienstjahren ab dem 60. Lebensjahr sowie
 - die Hebungen zum 1. August 2017 für Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I und Schulleitungen.

3. Brandenburg hat - anders als andere Bundesländer - für das neue Schuljahr die Einstellungsbedarfe an Lehrkräften decken können. Die Bedarfsabdeckung erfolgt durch qualifizierte Lehrkräfte und in deutlich geringerem Maße als in anderen Bundesländern durch Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Dieses ist vor allem ein Ergebnis der überaus engagierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den staatlichen Schulämtern, macht aber auch deutlich, dass Brandenburg nicht zuletzt auf Grund der aufgeführten Verbesserungen für Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor ein attraktiver Arbeitsort ist.
4. Der Landtag anerkennt, dass es weitere Schritte bedarf, damit das Land als Arbeitgeber auch zukünftig attraktiv bleibt. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden Gegenstand der unmittelbar bevorstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sein.
5. Unabhängig von den aktuellen Tarifverhandlungen hat der Landtag bereits in seinem Beschluss ‚Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg weiter steigern‘ (Drucksache 6/6894-B) die Landesregierung beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 unter Einbeziehung der Gewerkschaften ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg vorzulegen. In diesem Konzept sind insbesondere Maßnahmen festzuschreiben, die das Verfahren der Personalgewinnung, die Aufstiegschancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, einen organisierten Wissenstransfer von den älteren zu den jüngeren Beschäftigten sowie familienfreundliche, barrierefreie und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen verbessern.
6. Der Landtag Brandenburg erkennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich an, dass Beschäftigte gerecht bezahlt werden müssen. Auf Dauer angelegte unterschiedliche Bezahlungen bei gleicher Verwendung bergen die Gefahr, den Betriebsfrieden zu stören. In dem Konzept sollten auch Fragen zur Anerkennung und Würdigung von langjährig erfolgreich arbeitenden Beschäftigten des Landes Brandenburg sowie zu weiteren besoldungsrechtlichen Verbesserungen beantwortet werden.
7. Darüber hinaus ist die Landesregierung bereits mit dem Landtagsbeschluss 6/6076 (ND)-B beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung eine vollständig anerkannte Qualifizierung für ihren Beruf erlangen können. Das Konzept ist spätestens im 4. Quartal 2017 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtages zur Beratung vorzulegen.
8. Das Land Brandenburg hat eine Gesamtverantwortung für seine Beschäftigten. Der Landtag hält es vor dem Hintergrund der bereits beauftragten Konzepterstellung nicht für geboten, ein weiteres Maßnahmenpaket ‚Leistungsgerechte Besoldung im Schuldienst‘ oder ähnliche Konzepte zu beauftragen.“